

Gesamt russischer Propagandaschriften für den Kommunismus wieder begeben; — aber als vor einiger Zeit im Reichstage angeregt wurde, den Gesandtschaften Kulturattachés beizugeben, die — Hand in Hand mit der Politik — dafür zu sorgen hätten, daß deutsche Kunst, deutsches Wissen und deutsche Lebenskultur aufklärend im Ausland wirken und die Völkerverständigung der Kriegszeit endlich einmal aufzuklären vermöge, wurde erklärt, auf dieser gewiß sehr nützlichen Einrichtung solle es an Geld, Rein, hierfür darf es bei einem Staate, der noch ein Recht auf Leben und Fortwärtswildung zu haben glaubt, unter keinen Umständen fehlen — mag er denn er aus Zweckmäßigkeitsgründen der eigentlichen Propaganda-Organisation selbst fernzusehen wünscht, durch Unterstützung privater Initiative dafür sorgen, daß Deutschland den legendären Widerspruch seiner Geistes- und Seelenkultur aus dem Ausland erlähnen darf; nur mühe er sich darum, die geistige Isolierung unseres Volkes zu befestigen und die Welt von dem zu unterrichten, was und neben politischen und wirtschaftlichen Fragen nicht minder leidenschaftlich bewegt. Wähler Kunst wird die Pflicht, der Welt des eigenen Volkstums zu sein, ganz selbstverständlich sein; denn nur so kann sie ihrer anderen Aufgabe, den Völkern für eine internationale (nicht internationale!) Welt der Ideale zu bilden, wirklich gerecht werden.

Was aber geschieht? Die deutschen Bühnen — oder saßen wir ruhiger: gewisse deutsche Bühnen öffnen ihre Pforten wieder einem weltlichen Einfuhrartikel, von dessen stücklicher Fortschrittlichkeit alle Einfuhrigen überzeugt sind und an dessen künstlerischer Wertlosigkeit im Grunde niemand zweifelt. „Weil“ — die politische Lage entspannt hat? Wirklich? Traug die Placierung über die Aufhebung des Spielverbots nicht in denselben Tagen an die Öffentlichkeit, da sich Deutschland auf leidenschaftliche um die Erhaltung der Doppelhülle in Anstaltsbühnen bemüht, die Frankreich aus schlecht verhehltem Neid um jeden Preis zerstören möchte? Ist die Lage wirklich entspannt — auch in geistiger Beziehung —, so lange noch völkerverständliche Kongresse stattfinden, von denen Deutschland von vornherein und völlig grundlos ausgeschlossen bleibt? Angenommen, daß uns durch Aufrechterhaltung des Spielverbots ein weiterer einlaß wertvoller französischer Kunstwerke vorbehalten bleiben — geschieht die Aufnahme im derzeitigen, oder doch nicht vielmehr den künftigen Publikum zuliebe, denn von einem höchst zweifelhaften Publikum Verfall gebrüllt wird? Anstatt daß wir also unsere unbedingte Pflicht erkennen und in die Tat umsetzen: Deutsche Kunst ins Ausland, halten wir unsere Schätze zurück und besahen fremdländisches Repertoire mit einer weiteren Gelegenheit des künstlerischen Geschmacks und öffentlichen Ansehens — von den deutschen Autoren gar nicht zu reden, die mit sehr viel wertvolleren Studien nicht zu Worte kommen können. Wären wir Deutsche wirklich schon ein Volk mit einheitlichem nationalem Empfinden und Willen, wären wir ein und derselben geistigen Weltanschauung nicht möglich sein. Wir müssen aber davon kommen, daß das Nebeneinanderher und das Durchdringen der Willensrichtungen im eigenen Vaterland aufhört; denn nur dann werden wir diejenige geistige Stoffkraft gewinnen, die zur Überwindung der uns feindlich gesonnenen Propaganda notwendig ist. Das letztere wieder eifriger denn je am Werke zu sein, wird jeder bezeugen, der einmal bei unseren schmerzlichen oder schmerzlichen Nachbarn zu Besuch weilte; der Vortrag des französischen Gelehrten in Prag ist etwas ebenso schmerzliches wie der Volksliederabend des französischen Künstlers in Antwerpen; möchte auch bei den antiken deutschen Bühnen endlich der Gedanke an eine intensiven Gegenpropaganda gefaßt werden und jene Engherzigkeit eines Zollbezugs zur peinlichen Ausnahmeregierung werden, der den tapferen Schauspielern des Deutschen Theaters in Antwerpen bei der Führung der Bühne erklärte: „Schönen Sie sich nicht, bei den Polacken Theater zu spielen!“ Erst wenn diese Hauptperspektive in Deutschland überwunden sein wird, dürfte eine Zeit kommen, in der man sich freuend verborener Kräfte bemüht wird, die von dem Willen deutschen Geistes unter den Völkern der Erde auszuatzen können.

Der Schmutz auf den Berliner Bühnen.

Eine Anfrage im preussischen Landtage.

Die deutsch-nationale Landtagsfraktion hat folgende Kleine Anfrage eingebracht:
 „Am 18. Oktober fand im Dramatischen Theater in der Hauptstadt in Berlin die Uraufführung von „Methusalem oder der ewige Bürger“, ein satirisches Drama von Iwan Goll, statt. Nach übereinstimmenden Mitteilungen bringt dieses Stück von Unflätigkeiten und Gemeinheiten, wie sie noch nie über eine deutsche Bühne gegangen sind. Das Stück gehört unzweifelhaft in die Rubrik der allergeringsten und schmutzigen Schundliteratur, die sich heute in Deutschland findet. Die Handlung ist hohle Witzschmähel, die Handlung ist hohle Witzschmähel, die Handlung ist hohle Witzschmähel.“

Die Räumung des Ruhrgebiets.

Wagner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“
 Dortmund, 21. Okt. Die von zehntägiger Stelle mitgeteilt wird, wurden bereits am Montag das französische Militärkorps, sowie die Bureau eines Spezialkommandos von Dortmund abtransportiert. Voraussichtlich erfolgt der Abzug der Besatzungstruppen der Dortmunder Röhre im Laufe des Dienstag in geschlossenen Formationen. Nach Mitteilung von französischer Seite werden die letzten französischen Truppen die Dortmunder Röhre bis zum 23. Oktober 9 Uhr vormittags verlassen haben.

Karlsruhe, 21. Okt. Wie bereits amtlich gemeldet, ist heute früh 7 Uhr der Abzug der in kleinen Abteilungen konzentrierten französischen Truppen erfolgt. (W. Z. N.)

Die Ruhrzweigen von der Regie frei.
 Wagner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“
 Luxemburg, 21. Okt. Die französische Nachrichtenagentur meldet, die französisch-belgische Regie werde am 28. Oktober den Betrieb ihrer Zechen und Kokereien im Ruhrgebiet einstellen.

Kündigung der Tarife im Ruhrbergbau.
 Wagner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“
 Bochum, 21. Oktober. Die vier Bergarbeiterverbände haben unter Hinweis auf die anlaufenden Preissteigerungen die Kündigung im Verban erklärt und sofort neue Forderungen gestellt.

Der schlechte Separatismus.

Wagner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“
 Arcolan, 21. Okt. Wie aus Rom gemeldet wird, sollen die Völkern in allen katholischen Schichten eigene Kandidaten auf. Auch die sogenannten Autonomisten treten wieder mit eigenen Kandidaten hervor, die für die Völkerverständigung von Preußen, aber im Rahmen des Deutschen Reiches eintreten.

Neue 100-Millionen-Dollar-Anleihe für Frankreich.

Rotterdam, 21. Oktober. Der „Courant“ meldet aus New York: Die unter Leitung von Warburg, Kuhn, Loeb & Co. gegründete American and Continental Corporation hat den Antrag für Inauguration der Wiederherauszahlung an die europäische Industrie mit 7 Prozent Zinssatz, entsprechend dem Ausmaß der Dawes-Anleihe.
 Die Londoner „Morning Post“ meldet aus New York: Nachdem die Unterzeichnung der deutschen Anleihe die finanzielle Sanierung Frankreichs durch die Reparationszahlungen verbürgt, hat das Bankhaus Morgan die Ausgabe einer neuen 100-Millionen-Dollar-Anleihe für Frankreich übernommen. Der französische Finanzminister hat in New York eine entsprechende Befestigung.

In- und Ausland zum Reichstagsende.

Das Urteil der Berliner Presse.

Zuserschick der Reichsparteien.
 (Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung)
 Berlin, 21. Oktober. Die rechtsstehende Presse sieht den kommenden Neuwahlen für den Reichstag unversichtlich entgegen. Die „Preussische Zeitung“ schreibt: Wenn heute Neuwahlen ausgeführt werden, so wird die deutschnationale Volkspartei um so sicherer und ruhiger in die Wahlen hineingehen können, als sie den außerordentlich schweren Verhältnissen des Landes bis zuletzt Medunna getragen und im Gegenzug zu der schamlosen Parteipolitik, die von links geschrieben wurde, bewiesen hat, wo die Verantwortung für Staat und Volk zu suchen ist, und wo die Männer sind, denen nicht eigener Vorteil ihr Handeln diktiert, sondern nur das Wohl und die Zukunft des deutschen Vaterlandes.
 Die „Deutsche Tageszeitung“ betont, daß die Reichstagsauflösung gegenüber dem wirren und unwürdigen Hin- und Her stellenweise ausrichtiger Verhandlungen das kleinere Übel geworden ist. Dadurch werde freilich nichts daran geändert, daß die schwere politische, namentlich außenpolitische Lage in sich berage und voraussichtlich schweren wirtschaftlichen Schäden nach sich ziehen werde. Für diesen Ausgang und damit für allen Schaden, der aus ihm erwächst, tragen in erster Linie der Reichskanzler Marx und die Demokraten die Verantwortung. Die Demokraten haben mit voller Abicht und in vollem Bewußtsein der Folgen das Zustandekommen einer Regierung auf staatsbürgerlicher Grundlage vereitelt. Nichtbedeutend gegen die Sozialdemokraten auf der einen, Abneigung gegen die Deutschnationalen, insbesondere auch gegen deren völkischen Charakter auf der anderen Seite, haben die große Mehrzahl der demokratischen Reichstagsfraktionen bestimmt. Natürlich trägt aber auch das Zentrum im ganzen ein vollgültiges Maß von Schuld an diesem Ausgang, da selbstverständlich für die Haltung des Zentrums Dr. Marx verantwortlich ist und bleibt. Das Blatt mahnt die rechtsstehenden Parteien, eine einheitliche Front für die Wahl herzustellen. Das überragende vaterländische Interesse müsse unbedingt den Ausschlag geben.

Der „Volkswächter“ sagt: Die Gefährdung und Kampfbereitschaft der beiden großen nationalen Parteien, Deutschnationale und Deutsche Volkspartei, verbietet allein schon den Sieg, der errungen werden muß, wenn Deutschland nicht zum stillen Objekt fremder Machtinteressen herabsinken soll. Es geht um die Freiheit unseres Vaterlandes, um Würde und Ehre der Nation.
 Die „Deutsche Zeitung“ glaubt, daß die verständigende demokratische Partei und die sichere Annahme der Bayerischen Volkspartei auf Seiten des Zentrums etwaigen Gewinn der Sozialdemokraten gegenstandslos machen werden. Für ganz trüb hält das Blatt schließlich auch die Hoffnung auf eine Gesamtänderung der Parteien rechts vom Zentrum. Vermutlich würden wohl einige Veränderungen stattfinden, aber auch diese müßten nicht ausreichen der bisherigen Regierungsparteien. Das Blatt ermahnt gleichfalls die vaterländisch gesinnten Kräfte, während der Wahl jeden häßlichen Anstoß zu lassen. Die vaterländische Wahlparole ergeht sich nicht von selbst: Nur ein freies Deutschland, wider den jüdischen Partismus.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bespricht es als die positive Forderung der Stunde, daß Deutsche Volkspartei und Deutschnationale mindestens ein Wahlbündnis treffen müssen. Es verheißt gegen die nationalen Interessen, wenn diese beiden Parteien sich im Wahlkampf auf neue beschließen.
 Die „Germania“ meint, den Kern der zukünftigen Regierungsmehrheit, möge sie aussehen wie sie wolle, würden auch weiterhin die drei Parteien bilden müssen, die die Grundlage der bisherigen Regierung abgeben haben. Die Vorgänge der letzten Tage hätten die Beziehungen zwischen den Regierungsparteien gerade nicht gemildert. Trotzdem müßten aber diese Parteien sich der Aufgaben bemüht bleiben, die sie im kommenden Reichstag zu lösen haben.
 Das demokratische Berliner Tageblatt und der sozialdemokratische „Vorwärts“ jubeln über das Scheitern des Bürgerblocks. Das „V. Z.“ rühmt übrigens, sein Kabinett habe seit der Revolution zu große allen liebhabere Erfolge innen- und außenpolitisch zu verzeichnen gehabt, wie das Ministerium Marx-Stresemann. Dann erachtet sich aber das Blatt in Anbetracht auf die Deutsche Volkspartei, die aus einer förmlichen Verwerfung heraus den Deutschnationalen während und während nachher, wie der abgeworfene Hund seinem Kruggen fern.

Unter der Überschrift „Für die Republik“ schreibt der Parteiführer des Reichstagsausschusses der Demokratischen Partei (G. Felsen in der „Allgemeinen Zeitung“): Der durch den französischen Imperialismus des Herrn Bolivar durch die Waffengewalt und die Inflation erzeugte Notstand hat geendet. Nun handelt es sich um die Sicherstellung und Welterhaltung in der deutschen Außenpolitik, die seit Vondon angedroht ist. Das immer leidende deutsche Volk fordert mit Recht eine demokratische Außenpolitik, die als Grundlage einer demokratischen Außenpolitik Deutschland wieder zur selbstbestimmenden Nation in Europa macht.

Die Auffassung in Bayern.

(Durch Rundfunk)
 München, 21. Oktober. Die Morgenblätter besaßen sich in ausführlichen Kommentaren mit der durch die Reichstagsauflösung geschaffenen Lage. Die demokratische „Allgemeine Zeitung“ schreibt u. a.: Die Demokratische Partei habe mit ihrer Bekämpfung der Politik auf weite Sicht getrieben, nur eine starke nationale Wille könne außen- und innenpolitisch die Zusammenfassung aller Kräfte darstellen, die notwendig seien, um in die Weltpolitik und Weltwirtschaft als gleichberechtigte Partner zu treten. — Die „München-Kugensburger Abendzeitung“ verurteilt ebenso wie der „Bayerische Kurier“ die Auflösung des Reichstages und die Haltung der Demokraten. Die „München-Neuesten Nachrichten“ bemerken, der neue Wahlkampf werde ein Beweis dafür sein, daß das Parteibüchlein des Zentrums, seine Verzicht auf wachen und das Parteibüchlein der Sozialdemokratie, wieder die größte Kränkung im Reichstag.

Die weitere Verwendung des 3. A. III.

Berkehrsluffschiff nach Panama.
 New York, 21. Oktober. Wie verlautet, erwägt das Marineamt der Reichsarmee „A. A. III“ in einigen Monaten in den regelmäßigen Passagier- und Postdienst nach Panama einzusetzen, mit Giovanni als Aufsichtshafen.

Polnische Verärgerung.
 Bromberg, 21. Oktober. Das radikal-polnische „Recht“ (Wojciech Bujakowski) entwirft sich darüber, daß die amerikanische Presse spontan die Hilfe des Revolutionskrieges befragt. Es äußert rühmlos seine Belorgnis über die sich entwickelnden annehmenden deutsch-amerikanischen friedlichen Beziehungen. Besonders ist das Blatt über das Telegramm des amerikanischen Präsidenten an Dr. Edener leunruhig.

Amerikanischer Protest gegen die Zerstörung der Zeppelinhalle.
 Rotterdam, 21. Oktober. „Evening Times“ meldet aus New York: Die in der American Federation of Labor vereinigten amerikanischen Gewerkschaften haben ein Telegramm an Präsidenten Coolidge geschickt, worin sie gegen eine Vernichtung der Zeppelinhalle protestieren.

tags zu bilden, den Ausschlag gegen alle Bedenken eines neuen Wahlkampfes gegeben hätten. (W. Z. N.)

Die französische Presse begrüßt die Auflösung.
 (Wagner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“)
 Paris, 21. Okt. Die heutige Morgenpresse kommentiert lebhaft die Auflösung des deutschen Reichstages. Allgemein wird diese Lösung der Krise auf das Lebhafteste begrüßt.

Es war in der Tat unendlich, schreibt der „Matin“, ein Konzentrationsministerium zu bilden, solange die Nationalen stark genug blieben, um die Konzentration auf republikanischer Grundlage zu sabotieren. Seit dem Wahlsieg vom 4. Mai hat sich manches geändert. In Frankreich sind die Radikalsocialisten an die Regierung gekommen. Der Dawes-Plan ist angenommen und in Kraft gesetzt worden. Amerika ist wieder in den europäischen Fragenkomplex eingetreten. Die Wiederherstellung des deutschen Kredit wird erfordern große Mühen in der Haltung der Reichsregierung. Ein „vernünftiger“ Reichskanzler kann nicht daran denken, sich unter den Willen des Nationalismus zu stellen. Marx blieb also seine andere Möglichkeit, als eine Neuwahl herbeizuführen, und zwar in möglichst kurzer Zeit, solange der ausgezeichnete Eindruck des Erfolges der Dawes-Anleihe auf die öffentliche Meinung in Deutschland fortwirkt.

Das „Petit Journal“ schreibt: Die deutsche Krise ist, alles in allem gesagt, mehr eine Verfassungskrise als eine einfache Ministerkrise. In dieser ganzen Krise hat Reichspräsident Ebert, der mit Gewissheit über die Winkelzüge der Nationalisten hinweggeht, eine ausgezeichnete Rolle gespielt und er hat den Sozialisten und den Sozialdemokraten den Rücken gestärkt. — Das „Petit Journal“ und der „Petit Parisien“ kommen in ihren Kommentaren zur Reichstagsauflösung auf die Rolle zu sprechen, die Stresemann mit den Deutschnationalen gespielt hat.

Das „Petit Journal“ schreibt: Stresemann versprochen den Deutschnationalen, sie in die Regierung hineinzubringen, wenn man ihm versichere, daß die Rechte ihn als Außenminister beibehalten würde und ihm eventuell auch die Reichskanzlerschaft übertrage. Die allgemeine Koalition, schreibt das „Petit Journal“ weiter, wurde am dem Tage zerfallen, an dem Macdonald Deutschland aufsuchte, in den Völkerverbund einzutreten. Diese Einladung hatte zur Folge, daß die deutschen Parteien sich in zwei Gruppen spalteten für und wider den Völkerverbund.

Der „Petit Parisien“ äußert sich: Die deutsche Krise war außerordentlich lehrreich hinsichtlich dessen, daß sie gezeigt hat, daß Stresemann dem Reichskanzler die eventuelle Kandidatur des Dr. Dietrich vorgeschlagen als Führer der Opposition gegen den Dawes-Plan, des vertriebenen Feindes der Republik, sowie die Kandidatur des Dr. Schiele, der in die Junkerinteressen vertritt. Die kleine demokratische Partei hat die ganze Verantwortung übernommen für die Regierungsabstimmung über die Reichstagsauflösung. Sie hat sich gewiegt, die Rolle zu spielen, die man ihr zumutete, und ihre feste Haltung macht ihr alle Ehre.

Das „Echo de Paris“ sucht aus der Tatsache der Reichstagsauflösung Kapital zu schlagen für seine innerpolitischen Zwecke. Das Blatt schreibt: Die Führer der neuen französischen Politik mit einem Perrier an der Spitze erwarten seit Juni die Auflösung des Reichstages und die Wahl eines wahrhaft deutschen Parlamentes um der großen Vereinbarungen willen, die zwischen den Allerten und der Reichsregierung in den letzten Monaten abgeschlossen worden sind. Es ist schwer zu sagen, ob die Sozialdemokraten, die Demokraten und die Katholiken bei den neuen Wahlen den Erfolg haben werden, der die Erwartung der links-politischen rechtfertigen könnte, denn man muß bemerken, daß die Nationalisten und die deutschen Reichsparteien, zu denen Stresemann gehört, den Dawes-Plan hart bekämpfen.

Englische Stimmen.

(Durch Rundfunk)
 London, 21. Oktober. Die Auflösung des Reichstages wird in der Presse viel besprochen. Der Berliner Berichtshalter des „Daily Telegraph“ schreibt: Zudem unparteiischen Beobachter sei eine Auflösung als der einzige mit den eigenen Interessen der Deutschnationalen übereinstimmende Weg erschienen. Der neue Reichstag werde sicher lebensfähiger sein.
 Der Berliner Berichtshalter des „Daily News“ sagt, die Auflösung beende das Schauspiel, das man in den letzten vier Wochen erlebt habe. Bei den kommenden Wahlen werden die Deutschnationalen einzigen müssen, ob die Republik lebensfähig sei.

In einem Leitartikel der „Times“ heißt es, die Entwicklung könne in Deutschland parlamentarische Verhältnisse schaffen, die in enger Übereinstimmung mit der neuen Lage ständen, wie sie durch die formelle Annahme des Dawes-Planes geschaffen sei. Die letzten Wahlen wurden unter Bedingungen durchgeführt, die immer noch anormal waren, und sie brachten ein Parlament mit einem anormalen und kaum arbeitsfähigen Parteienverhältnis hervor. Trotz der Geschicklichkeit und der Fähigkeiten der führenden Männer, Marx, Stresemann und Luther, hatte die Regierung während der ganzen Zeit schlechtes Wetter. Marx habe alle Möglichkeiten einer parlamentarischen Koalition erwehrt. Neuwahlen seien tatsächlich die beste Lösung. Eine Regierung, die künftig mit vier deutschnationalen Vorkesseln beladen gewesen wäre, würde sich sicher als unzulänglich erweisen haben, die vielen ausmühtigen Probleme lang zu behandeln. Die letzten Wahlen fanden statt in einem Augenblick, wo die Erinnerung an die Inflationsepoche noch frisch war, wo das Ruhrgebiet besetzt und der Sieg des Dawes-Planes noch keineswegs gesichert war. Daher hätten es die anderen Parteien leichter gehabt, an die ersten Wähler zu appellieren. Seitdem habe sich die Lage sehr geändert.

Die weitere Verwendung des 3. A. III.

eine Vernichtung der Zeppelinhalle Friedrichshafen im Namen der amerikanischen Arbeiterschaft protestieren.

Eine spanische Transozean-Kufflinie.
 (Durch Rundfunk)
 Paris, 21. Oktober. Nach einer Madrider Meldung des „Journal“ wird das amtliche Organ demnächst ein Detail veröffentlicht, durch das die notwendigen Rechte bewilligt werden, um eine Kufflinie zwischen Sevilla und Buenos Aires herzustellen. Man spreche davon, daß für diesen Dienst eine neue Gesellschaft gebildet werden soll, die den Namen „Columbus“ trage, und daß ein Zeppelin in Luftschiffen „3. A. III“ ähnlich verwendet werden soll. (W. Z. N.)

Das deutsch-amerikanische Kabel über die Azoren.
 Paris, 21. Oktober. „New York Herald“ meldet aus New York, daß die Verhandlung zwischen der Deutsch-Amerikanischen Telegraphen-Gesellschaft und der Commercial Cable Company hinsichtlich der Führung des deutsch-amerikanischen Kabels über die Azoren mit Erfolg an Ende geführt worden seien. Das direkte Western Union Cable nach Spanien ist fertiggestellt und wird am 1. November in Betrieb genommen werden. Das Kabel nach Italien wird wahrscheinlich am 1. Januar 1925 fertiggestellt sein.